

# Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i> .....		V
<b>§ 1 Vorüberlegungen</b> .....	1	1
<b>A. Gegenstand des Buchs</b> .....	1	1
<b>B. Zielsetzung und Aufbau des Buchs</b> .....	2	1
<b>C. Informationsquellen zum EU-Privatrecht</b> .....	3	2
I. Informationen in diesem Buch .....	3	2
II. Weitere wichtige Quellen .....	4	2
1. Die Richtlinien .....	4	2
2. Rechtsprechung des EuGH .....	5	3
3. Lehrbücher .....	6	3
4. Weiterführende Informationen im Internet .....	7	3
<b>§ 2 Überblick über das bestehende Privatrecht der EU</b> .....	8	4
<b>A. Privatrecht im primären EU-Recht</b> .....	8	4
<b>B. Privatrecht im sekundären EU-Recht</b> .....	9	5
I. Arten sekundären EU-Privatrechts .....	9	5
II. Die Richtlinie .....	10	5
III. Die Verordnung .....	11	6
<b>§ 3 Europarechtliche Grundlagen für die Privatrechtssetzung</b> .	12	7
<b>A. Kompetenz der EU zur Rechtssetzung im Bereich des Privatrechts</b> .....	12	7
I. Grundlagen in EUV und AEUV .....	13	7
1. Grundsätzliches .....	13	7
2. Reichweite des Art. 114 AEUV .....	14	8
a) Allgemeines .....	14	8
b) Art. 114 AEUV als Kompetenzgrundlage für privatrechtliche Richtlinien .....	16	9
3. Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als Kompetenzschränken .....	18	11
a) Umrisse .....	18	11
b) Rechtsangleichung und Subsidiaritätsprinzip .....	19	11
4. Kompetenz der EU für den Erlass eines europäischen Vertragsgesetzbuchs .....	24	14
5. Zusammenfassung .....	27	15
II. Auswirkungen fehlender Kompetenz .....	28	15
1. Nichtigkeitsklage .....	28	15
2. Rüge der Kompetenz im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens (Imperial Tobacco) .....	29	16

<b>B. Vorrang des EU-Rechts</b>	30	16
I. Grundsatz	31	16
II. Wirkungsweise des Vorrangs	33	17
III. Vorrang des EU-Rechts und Grundrechte	36	18
1. Konflikt	36	18
2. Zurücktreten der deutschen Grundrechte hinter die Richtlinien	39	20
3. Europäische Grundrechte und Privatrecht	40	20
4. Keine nationale Grundrechtskontrolle umgesetzten Rechts	42	22
5. Zusammenfassung	43	22
<b>C. Grundfreiheiten, Diskriminierungsverbot, Unionsbürgerschaft und Privatrecht</b>	44	22
I. Inhalt und Wirkungsweise der Grundfreiheiten	45	23
1. Die Grundfreiheiten	45	23
2. Überblick zur Wirkungsweise der Grundfreiheiten	46	23
a) Deregulierungs- und Angleichungsgebot	46	23
b) Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	47	24
II. Allgemeines Diskriminierungsverbot	48	24
III. Unionsbürgerschaft	49	25
IV. Wirkung der Grundfreiheiten auf das Privatrecht	51	26
1. Vorüberlegungen	51	26
2. Freizügigkeit und nicht diskriminierendes nationales Recht in der Rechtsprechung des EuGH	52	27
3. Warenverkehrsfreiheit und nicht diskriminierendes nationales Recht in der Rechtsprechung des EuGH	53	27
a) Die Entwicklung der Rechtsprechung bis zur Keck-Entscheidung	53	27
b) Heutiger Stand der EuGH-Rechtsprechung	55	28
4. Meinungsstand in der Wissenschaft	56	29
a) Ausgangspunkt: Untragbarkeit einer umfassenden Grundfreiheitenkontrolle für das Privatrecht	56	29
b) Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten auf grenzüberschreitende Sachverhalte	57	29
c) Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten auf zwingendes Recht	58	30
d) Eingrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten durch Aufteilung des Privatrechts in Verkaufs- und Produkt-modalitäten (Weiterentwicklung der Keck-Entscheidung)	59	31
e) Begrenzung der Wirkung des Art. 34 AEUV durch Anwendung von Rechtfertigungsgründen	62	33
f) Immanente Begrenzung der Wirkung der Grundfreiheiten	65	34
5. Zwischenergebnis	67	35
6. Grundfreiheiten und nationales Privatrecht, welches über den Schutzstandard einer Richtlinie hinausgeht	68	35
a) Vorrang der Grundfreiheiten vor dem Mindeststandardgebot?	69	35

b) Rechtfertigungsgründe bei einem Grundfreiheitenverstoß durch Ausschöpfung der in den Mindeststandardklauseln gewährten Regelungsbefugnis .....	72	37
V. Drittwirkung von EU-Grundrechten, Grundfreiheiten und Diskriminierungsverboten im Privatrecht .....	77	38
1. Überblick .....	77	38
2. Geltung der Grundfreiheiten im Rechtsverhältnis zwischen Privaten .....	78	39
3. Drittwirkung der Grundfreiheiten durch die Generalklauseln des nationalen Privatrechts, insbesondere § 307 BGB? ....	79	40
4. Wirkung der Grundrechtecharta im Verhältnis zwischen Privaten .....	81	41
a) Schutzpflichtlehre und Grundrechtecharta .....	81	41
b) Anwendung konkreter subjektiver Rechte bei fehlerhafter Richtlinienumsetzung .....	82	42
<b>§ 4 Umsetzung, Anwendung und Auslegung von EU-Privatrecht .....</b>	<b>84</b>	<b>43</b>
<b>A. Die Richtlinie und ihre Umsetzung .....</b>	<b>84</b>	<b>43</b>
I. Umsetzungspflicht .....	84	43
1. Notwendigkeit der Umsetzung .....	84	43
2. Umfang der Umsetzungspflicht .....	85	43
3. Folgen von Verletzungen der Umsetzungspflicht .....	88	44
a) Unmittelbare Wirkung von privatrechtlichen Richtlinien .....	88	44
b) Vertragsverletzungsverfahren .....	92	46
c) Staatshaftungspflicht .....	93	46
II. Die überschießende Umsetzung .....	98	48
<b>B. Die Anwendung des EU-Privatrechts .....</b>	<b>101</b>	<b>49</b>
I. Lückenhaftes, nur mittelbar geltendes EU-Privatrecht .....	101	49
1. Mittelbare Geltung des eigentlichen EU-Privatrechts .....	101	49
2. Lückenhaftes Gebilde .....	103	50
II. Die Auslegung des EU-Privatrechts .....	105	51
1. Allgemeines .....	105	51
2. Die Auslegungsmethoden des EuGH .....	107	51
a) Wortlaut .....	107	51
b) Systematische Auslegung .....	108	52
c) Teleologische Auslegung .....	109	52
d) Die autonome Auslegung .....	111	53
e) Rechtsvergleichende Auslegung .....	112	53
III. Rechtsfortbildung im EU-Recht .....	114	55
1. Rechtsfortbildung .....	114	55
2. Analogie als vom EuGH genutzte Methode .....	115	56
3. Wertung .....	117	57
IV. Zusammenfassung .....	118	57
<b>C. Die Auslegung von nationalem Recht mit EU-rechtlichem Hintergrund .....</b>	<b>119</b>	<b>57</b>
I. Europäische Auslegung .....	119	57

II. Grundlagen der richtlinienkonformen Auslegung .....	120	58
III. Richtlinienkonforme Auslegung als Gebot des EU-Rechts .....	121	58
IV. Die Reichweite der richtlinienkonformen Auslegung nationaler Gesetze .....	122	59
1. Richtlinienkonforme Auslegung gegen den Willen des nationalen Gesetzgebers .....	123	59
2. Richtlinienkonforme Auslegung und andere Auslegungs- methoden .....	124	60
3. Richtlinienkonforme Rechtsfortbildung .....	125	60
4. Richtlinienkonforme Auslegung bei überschießender Umsetzung .....	130	63
5. Zeitlicher Beginn der richtlinienkonformen Auslegung ....	132	64
6. Zusammenfassung .....	133	64
V. Weitere Formen „europäischer“ Auslegung des nationalen Rechts .....	134	65
1. Harmonisierende Auslegung .....	134	65
2. Historische Rechtsvergleichung .....	135	65
3. Zusammenfassung .....	137	66
<b>D. Die Vorlage an den EuGH .....</b>	138	66
I. Zuständigkeit für die Auslegung von EU-Recht .....	138	66
II. Das Vorabentscheidungsverfahren .....	139	67
1. Vorlagepflicht .....	140	67
2. Die Auslegung von EU-Recht als Gegenstand der Vorlagefrage .....	146	69
3. Zusammenarbeit von vorlegendem Gericht und EuGH ....	148	70
a) Technik des EuGH .....	148	70
b) Die geschickte Vorlagefrage .....	150	70
4. Möglichkeiten der Parteien .....	152	71
III. Reichweite der Vorlagepflicht .....	153	72
1. Allgemeines .....	153	72
2. Keine Vorlagepflicht bei fehlender Entscheidungs- erheblichkeit .....	154	72
3. Keine Vorlagepflicht bei Offensichtlichkeit des Auslegungs- ergebnisses .....	156	73
4. Mindestharmonisierung, Vollharmonisierung und Vorlage- pflicht .....	158	74
5. Sonderfall: Die Generalklausel in der Richtlinie .....	159	75
a) Problematik .....	159	75
b) Vorlage von Generalklauseln und Mindeststandardprin- zip .....	161	76
c) Vorlage von Generalklauseln und Acte-clair .....	162	76
d) Vorlagepflicht bei Generalklauseln in sonstigen Fällen .	163	77
6. Zusammenfassung .....	171	79
a) Allgemeines .....	171	79
b) Generalklauseln .....	173	80
IV. Sonderfall: Die Vorlage an den EuGH bei überschießender Umsetzung .....	174	80
1. Grundsätzliche Zulässigkeit der Vorlage bei überschießender Umsetzung .....	174	80

2. Grenzen der Vorlage bei überschießender Umsetzung . . . . .	175	81
3. Überschießende Umsetzung und gesetzlicher Richter . . . . .	177	82
V. Verletzung der Vorlagepflicht und gesetzlicher Richter . . . . .	178	82
VI. Wirkung der Entscheidungen des EuGH . . . . .	179	83
1. Rechtskraft im engen Sinne . . . . .	179	83
2. Bindungswirkung der Urteile des EuGH nach den EU-Verträgen . . . . .	181	84
<b>§ 5 Allgemeine Rechtsgrundsätze des EU-Privatrechts . . . . .</b>	184	86
<b>A. Regelungsziele des EU-Privatrechts . . . . .</b>	184	86
I. Privatrecht als Binnenmarktrecht . . . . .	184	86
II. Privatrechtsordnung und Wettbewerb . . . . .	186	86
III. Zielsetzung und Dogmatik . . . . .	187	87
<b>B. Unternehmerrecht und Verbraucherrecht . . . . .</b>	188	87
I. Unternehmerrecht . . . . .	188	87
II. Verbraucherrecht als Marktrecht – Modell der Konsumenten- souveränität . . . . .	190	88
III. Verbraucher- und Unternehmerbegriff . . . . .	194	90
1. Vorüberlegungen . . . . .	195	90
a) Rollenspezifische Begrifflichkeit . . . . .	195	90
b) Der Verbrauchervertrag . . . . .	196	90
c) Uneinheitliche Definition . . . . .	197	91
d) Problembereiche . . . . .	199	92
2. Das Verbraucherleitbild . . . . .	203	93
3. Das Unternehmerleitbild . . . . .	208	95
4. Einzelfragen der Abgrenzung von Verbraucher und Unter- nehmer im EU-Recht . . . . .	210	96
a) Allgemeine Schlussfolgerungen . . . . .	210	96
b) Mischgeschäfte . . . . .	211	96
c) Existenzgründer . . . . .	214	98
d) Beruflich handelnder Arbeitnehmer . . . . .	215	98
e) Stellvertretung zwischen Verbraucher und Unternehmer . . . . .	216	98
f) Beweislast bei Zweifelsfällen . . . . .	220	100
5. Auswirkungen auf die Rechtsanwendung in Deutschland . .	223	101
a) Vorüberlegung . . . . .	223	101
b) Reichweite der Anwendbarkeit des Mindeststandard- grundsatzes in Hinblick auf den in Deutschland anzu- wendenden Verbraucher- und Unternehmerbegriff . . . .	224	102
c) Keine Spiegelbildlichkeit von Verbraucher- und Unter- nehmerbegriff . . . . .	226	103
d) Einzelfälle . . . . .	228	103
IV. Zusammenfassung . . . . .	229	104
<b>C. Einzelne erkennbare Rechtsprinzipien . . . . .</b>	230	104
I. Vertragsfreiheit . . . . .	233	106
1. Die Vertragsabschlussfreiheit . . . . .	235	107
2. Die Vertragsausgestaltungsfreiheit . . . . .	236	107
3. Neuere Entwicklungen und Diskussion . . . . .	238	109

II. Bindungswirkung des Vertrags .....	240	110
1. Pacta sunt servanda im EU-Recht? .....	240	110
2. Bindungswirkung des Vertrags als notwendige Ergänzung der Vertragsfreiheit .....	241	111
3. Bewertung .....	243	112
4. Widerruflichkeit der Erklärung des Verbrauchers als Rechtsprinzip? .....	244	112
a) Bindungswirkung und Vertrauensschutz .....	244	112
b) Widerruflichkeit des Verbrauchervertrags und Vertrauensschutz .....	245	112
c) Begrenzung der Widerruflichkeit durch Unternehmerinteressen .....	246	113
5. Zusammenfassung .....	247	113
III. Informationsprinzip – Transparenzgebot .....	248	114
1. Information als Rechtsprinzip .....	248	114
2. Vorrang der Information vor anderen Schutzinstrumenten ..	250	115
3. Notwendigkeit von Information über das geschriebene Recht hinaus? .....	252	116
4. Informationsmodell kontra Konsensprinzip? .....	253	116
a) Formbindung und Widerrufsrecht als Ausfluss des Informationsprinzips .....	253	116
b) Verhältnis von Informationsprinzip und Konsensprinzip .....	254	117
5. Transparenz als Prinzip des Verbrauchervertragsrechts ....	256	118
6. Zusammenfassung .....	260	119
IV. Gleichbehandlungsgrundsatz oder Diskriminierungsverbot ....	261	120
1. Gleichbehandlung im geschriebenen Recht .....	262	120
2. Auswirkungen des allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatzes auf das Privatrecht .....	265	121
3. Zusammenfassung .....	266	123
V. Schutz des Verbrauchers als Rechtsprinzip? .....	267	123
VI. Berechtigte Erwartungen .....	269	124
1. Verbrauchervertrauen und Verbrauchererwartungen .....	269	124
2. Ablesbarkeit des Prinzips der „berechtigten Erwartungen“ im Verbraucherprivatrecht .....	272	125
a) Berechtigte Erwartungen in den Richtlinien .....	272	125
b) Berechtigte Erwartungen in der Rechtsprechung des EuGH .....	277	127
3. Abgrenzung des Grundsatzes der berechtigten Erwartungen zu anderen Rechtsgrundsätzen .....	278	127
4. Auswirkungen des Grundsatzes der berechtigten Erwartungen im Vertragsrecht .....	280	129
a) An den berechtigten Erwartungen ausgerichtetes Recht .....	280	129
b) Berechtigte Erwartungen als Grundsatz für die Auslegung des EU-Privatrechts .....	281	129
c) Auswirkung auf die Vertragsauslegung .....	285	131
5. Zusammenfassung und Bewertung .....	287	131
VII. Vertragliche Solidarität .....	288	132

VIII. Umfassender Schadensersatz .....	290	133
1. Grundsatz der Schadensersatzpflicht? .....	290	133
2. Grundsatz des umfassenden Ersatzes bei ersatzpflichtigen Schäden .....	293	134
a) Allgemeines .....	293	134
b) Ersatz immaterieller Schäden .....	294	134
IX. Verbot des Rechtsmissbrauchs .....	295	135
X. Allgemeiner Grundsatz von Treu und Glauben .....	296	136
XI. Verhaltenssteuerung durch EU-Privatrecht .....	300	138
1. Paternalistische Tendenzen im Recht der EU .....	300	138
2. Verhaltenssteuerung durch Privatrecht .....	301	139
XII. Zusammenfassung: Vernunft statt Freiheit? .....	302	139
<b>§ 6 Die einzelnen Regelungen des EU-Privatrechts und ihre Auswirkungen auf die Rechtsanwendung .....</b>	<b>303</b>	<b>141</b>
<b>A. Die Regelungen des sekundären EU-Privatrechts zum Abschluss und zur Wirksamkeit von Verträgen .....</b>	<b>303</b>	<b>141</b>
I. Allgemeine Rechtsgeschäftslehre .....	303	141
1. Fehlen von Regelungen in den Richtlinien .....	303	141
2. Elektronischer Vertragsschluss .....	304	142
II. Wirksamkeitsvoraussetzungen .....	308	143
1. Allgemeines .....	308	143
2. Gleichbehandlung als Wirksamkeitsvoraussetzung? .....	309	144
3. Wirksamkeitsgebote .....	310	145
4. Zusammenfassung .....	311	145
III. Informationspflichten und Vertragsschluss .....	312	145
1. Bedeutung der Information für die Wirksamkeit des Vertrags .....	312	145
2. Informationspflichten in der Verbraucherrechte-RL .....	314	147
a) Allgemeine Informationspflichten .....	314	147
b) Informationspflichten für Fernabsatzverträge und Haus- türgeschäfte .....	315	148
3. Informationspflichten im elektronischen Geschäftsverkehr ..	316	149
4. Informationspflichten bei sonstigen Verträgen .....	317	149
5. Sanktionen bei der Verletzung von Informationspflichten ..	318	150
IV. Formvorschriften .....	319	150
V. Widerrufsrechte .....	320	151
1. Übersicht .....	321	152
a) Regelungstechnik in den Richtlinien und in der deut- schen Umsetzung .....	321	152
b) Übersicht über die Problembereiche .....	323	152
2. Die einzelnen Widerrufstatbestände und ihre Umsetzung in das deutsche Recht .....	327	155
a) Das Widerrufsrecht bei Haustürgeschäften und Fern- absatzgeschäften .....	327	155
b) Widerrufsrecht in der Verbraucherkredit-RL und der Wohnimmobiliarkredit-RL .....	345	166
c) Das Widerrufsrecht in der Teilzeitnutzungsrechte-RL ..	346	166

d) Das Widerrufsrecht in der FAF-RL .....	348	167
3. Widerrufsfrist und Widerrufserklärung und ihre Umsetzung in das deutsche Recht .....	349	167
a) Allgemeines .....	349	167
b) Die Widerrufserklärung .....	350	167
c) Die Widerrufsfrist .....	351	168
d) Die Widerrufsfrist bei nachgeholter Belehrung .....	353	169
e) Widerrufsfrist und Präklusion nach § 767 Abs. 2 ZPO ..	356	170
4. Die Rechtsfolgen des Widerrufs und ihre Umsetzung in das deutsche Recht .....	357	171
a) Vorüberlegung zur Systematik des BGB .....	358	172
b) Nutzungs- und Wertersatz bei Widerruf .....	359	173
c) Versandkosten bei Widerruf .....	368	178
d) Verbundene Verträge .....	370	179
e) Rechtsmissbrauch .....	373	180
f) Insbesondere: Der Widerruf in den Schrottimmobili- fällen .....	377	182
VI. Die Einbeziehung von allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in den Vertrag .....	387	187
1. Einbeziehung von AGB nach der Klausel-RL .....	387	187
2. Einbeziehung von AGB im Fernabsatz und E-Commerce ..	388	188
3. Sonderfall: Einbeziehung von AGB bei Internetauktionen ..	389	188
VII. Sonderfall: Die Regelung über unbestellt zugesandte Leistungen und ihre Umsetzung in Deutschland .....	391	189
1. Regelung in der Fernabsatz- und der Verbraucherrechte-RL .....	391	190
2. Die Reichweite des § 241a BGB vor dem Hintergrund der Richtlinienvorgaben .....	392	191
a) Möglichkeit der konkludenten Annahme .....	392	191
b) Gesetzliche Ansprüche .....	394	191
<b>B. Allgemeine Regelungen zum Inhalt von Verträgen .....</b>	<b>395</b>	<b>193</b>
I. Die Inhaltskontrolle nach der Klausel-RL .....	395	193
1. Grundlagen .....	396	193
2. Ziele der Klausel-RL .....	399	194
3. Erfasste Klauseln .....	400	195
a) Kontrolle kurzer und klarer Vertragsbedingungen .....	400	195
b) Notarielle Verträge als Klauseln im Sinne der Richtlinie .....	401	195
c) Vom nationalen Gesetzgeber geschaffene Vertrags- bedingungen .....	402	196
4. Der unionsrechtliche Maßstab von Treu und Glauben nach Art. 3 Klausel-RL .....	404	197
a) Treuwidriges Abweichen vom dispositiven Recht .....	404	197
b) Eigenständiger europäischer Maßstab von Treu und Glauben .....	405	197
c) Der Anhang zu Art. 3 Klausel-RL .....	406	198
5. Der Maßstab des Art. 5 Klausel-RL – Transparenz .....	407	198
a) Transparenzvorgabe in der Richtlinie .....	407	198
b) Rechtsfolgen der Transparenzkontrolle von Haupt- leistungspflichten .....	408	199

II. Klauselverbote in anderen Richtlinien .....	413	201
<b>C. Besondere Vertragsarten im EU-Privatrecht .....</b>	<b>415</b>	<b>202</b>
I. Einführung .....	415	202
II. Der Verbraucherkreditvertrag .....	416	202
1. Entstehungsgeschichte und Ziele der Verbraucherkredit-RL .....	417	203
2. Strategie der Vollharmonisierung .....	419	204
3. Der Verbraucherkreditvertrag .....	420	204
a) Begriff und erfasste Verträge .....	420	204
b) Sonderprobleme: Vollmacht, Bürgschaft und Schuldbeitritt durch einen Verbraucher .....	422	205
III. Der Verbrauchsgüterkaufvertrag .....	425	206
1. Entstehungsgeschichte und Ziele der Verbrauchsgüterkauf-RL .....	425	206
2. Der Verbrauchsgüterkaufvertrag .....	426	207
IV. Der Pauschalreisevertrag .....	427	207
1. Ziele der Pauschalreise-RL .....	427	207
2. Der Pauschalreisevertrag .....	428	208
V. Der Zahlungsdienstevertrag .....	429	208
1. Ziele der Zahlungsdienste-RL .....	429	208
2. Der Zahlungsdienstevertrag .....	430	209
VI. Der Teilzeitnutzungsrechtevertrag .....	432	209
1. Ziele der Teilzeitnutzungsrechte-RL .....	432	209
2. Der Teilzeitnutzungsrechtevertrag .....	433	210
<b>D. EU-Vorschriften zur vertraglichen Haftung .....</b>	<b>434</b>	<b>210</b>
I. Übertragung des Rechtsfolgenbereichs in den Umsetzungsspielraum der Mitgliedstaaten .....	434	210
II. Haftung bei der Verletzung von Informationspflichten .....	435	211
1. Schadensersatzpflicht als Folge von Informationspflichtverletzungen .....	435	211
2. Informationspflichtverletzung als Pflichtverletzung i.S.d. § 280 Abs. 1 BGB .....	436	211
3. Kausal verursachter Schaden .....	437	212
4. Problematik der Rechtsdurchsetzung .....	438	213
a) Verbandsklage .....	438	213
b) Wettbewerbsrecht .....	439	213
III. Haftung bei der Verletzung von Gleichbehandlungspflichten ..	440	214
IV. Leistungsfristen und Verzug .....	444	215
1. Überblick: Vorschriften zu Leistungsfristen und Verzug im EU-Privatrecht .....	444	215
2. Lieferfristen in der Verbraucherrechte-RL .....	446	216
a) Überblick .....	447	216
b) Die Neuregelung des § 323 Abs. 2 Nr. 3 BGB .....	448	217
c) Pflicht zur unverzüglichen Lieferung nach § 474 Abs. 3 BGB .....	454	221
3. Geltungsbereich und wesentliche Elemente der Zahlungsverzugs-RL .....	462	225
4. Umsetzung der Zahlungsverzugs-RL .....	463	225

a) Geringe Abweichung vom nationalen Recht .....	463	225
b) Der Begriff „verantwortlich“ .....	464	226
c) Verzugseintritt bei Banküberweisung .....	465	226
V. Mängelhaftung beim Warenkauf .....	466	227
1. Grundlagen .....	466	227
2. Begriff der Vertragsmäßigkeit .....	469	228
a) Vorüberlegung .....	469	228
b) „Vernünftige“ Erwartungen .....	471	229
c) Vereinbarungen und Beschaffenheit .....	473	229
d) Erwartungen des Käufers und Vertragsmäßigkeit .....	479	232
e) Die Regelung des Art. 2 Abs. 3 Verbrauchsgüterkauf-RL (§ 442 BGB) .....	481	233
3. Weitere Einzelfragen zur Mängelhaftung nach dem Ver- brauchsgüterkaufrecht .....	486	235
a) Erheblichkeit des Mangels .....	486	235
b) Beweislast für das Vorliegen des Mangels bei Gefahr- übergang .....	489	237
c) Erfordernis der Fristsetzung durch den Verbraucher ...	495	240
d) Minderung nach Nacherfüllung? .....	498	241
e) Wertersatz für die erfolgte Nutzung der Ware bei Ersatz- lieferung .....	500	242
f) Ersatzlieferung beim Stückkauf .....	502	243
g) Umfang und Erfüllungsort der Nacherfüllung .....	504	243
h) Die Regresskette bei Gebrauchtwaren .....	514	248
i) Zwingende Geltung oder Abweichungen „zugunsten des Verbrauchers“? .....	518	249
VI. Haftung bei Pauschalreisen .....	519	250
1. Die Haftungstatbestände in der Pauschalreise-RL .....	519	250
2. Die Umsetzung der Haftungstatbestände .....	520	250
3. Der Umfang der Ersatzpflicht .....	521	251
VII. Die Haftung im Zahlungsdienstevertrag .....	522	251
1. Haftung des Zahlungsinstituts .....	522	251
2. Haftung bei Kartenmissbrauch .....	523	252
<b>E. EU-Vorschriften zur außervertraglichen Haftung .....</b>	<b>525</b>	<b>252</b>
I. Produkthaftung .....	525	252
1. Die Produkthaftungs-RL .....	526	253
2. Für die Auslegung des nationalen Rechts wichtige Inhalte der Richtlinie .....	527	253
a) Fehler .....	527	253
b) Haftungsausfüllende Kausalität .....	528	254
c) Schadensbegriff .....	529	254
d) Umfang der Haftung .....	530	255
II. Verantwortlichkeit des Diensteanbieters und des Datenverant- wortlichen .....	536	257
1. Regelungsrahmen .....	536	257
2. Ausgestaltung der Regelung .....	537	257
<b>F. Sachenrecht .....</b>	<b>538</b>	<b>258</b>
I. Allgemeines .....	538	258
II. Unverlangt übersendete Ware .....	539	258

III. Teilzeitnutzungsrechte .....	540	258
<b>G. EU-Vorschriften zum anwendbaren Recht .....</b>	<b>541</b>	<b>258</b>
I. Bedeutung des Kollisionsrechts im Binnenmarkt .....	542	259
1. Rechtsverfolgung und Durchsetzung im Binnenmarkt .....	542	259
2. Europäisches Zivilverfahrensrecht .....	543	259
3. Entwicklung des Kollisionsrechts und spezifische Schwierigkeiten .....	546	260
4. Regelungsziele und grundlegender Konflikt .....	550	262
a) Kollisionsrecht und Binnenmarktverbesserung .....	550	262
b) Binnenmarktausrichtung der Kollisionsnormen .....	551	263
II. Die Rom I-VO .....	554	264
1. Grundsätzliches .....	554	264
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	555	265
a) Allgemeines .....	555	265
b) Culpa in contrahendo .....	556	265
c) Weitere Abgrenzungsfragen zur Rom II-VO .....	559	266
d) Ausgenommene Rechtsfragen .....	562	267
3. Wichtige Kollisionstatbestände .....	563	268
a) Vorrang der Rechtswahl .....	563	268
b) Allgemeine Anknüpfungsregeln .....	565	268
c) Verbraucherverträge .....	566	269
d) Eingriffsnormen .....	570	271
e) Verkehrsschutz vor Minderjährigenschutz .....	572	272
f) Weitere Rechtsfragen .....	573	272
III. Die Rom II-VO und ihre Lücken .....	575	273
1. Grundsätzliches .....	575	273
2. Internationaler und sachlicher Anwendungsbereich .....	576	273
3. Die wesentlichen Anknüpfungstatbestände .....	577	273
a) Der allgemeine Deliktstatbestand .....	577	273
b) Produkthaftung als deliktischer Sondertatbestand .....	578	274
c) Rechtswahl beim Delikt .....	579	274
d) Die Anknüpfung sonstiger außervertraglicher Schuldverhältnisse .....	580	275
IV. Kollisionsrecht im sekundären EU-Recht .....	582	275
1. Allgemeines .....	582	275
2. Der Günstigkeitsgrundsatz .....	583	276
V. Allgemeine Grundsätze .....	584	277
1. Grundfreiheiten und anzuwendendes Recht .....	584	277
2. Begriffsverwendung .....	587	278
3. Konflikt zwischen Herkunftsland-/Anerkennungsprinzip und Kollisionsregeln .....	588	279
4. Kritik .....	589	279
5. Herkunftslandprinzip und schützenswerte Interessen .....	590	280
a) Allgemeines .....	590	280
b) E-Commerce-RL .....	591	280
c) Dienstleistungs-RL .....	593	281
6. Herkunftslandprinzip und Drittstaaten .....	594	282
7. Zusammenfassung .....	595	282

<b>§ 7 Die Zukunft des EU-Privatrechts – Entstehung eines europäischen Vertragsgesetzbuchs?</b>	596	283
<b>A. Überblick</b>	596	283
I. Eingrenzung	596	283
II. Private Arbeitsgruppen und Projekte im Bereich des Vertragsrechts	598	284
III. Öffentliche und private Projekte im Bereich der Rechtsvereinheitlichung auf weiteren Gebieten des Privatrechts	600	285
<b>B. Entwicklung eines europäischen Vertragsgesetzbuchs</b>	602	286
I. Überblick	602	286
II. Entwicklungen bis zur Fertigstellung des Verbraucher-Acquis und des Referenzrahmens (DCFR)	603	286
1. Anfänge	603	286
2. Erste Mitteilung der Kommission vom Juli 2001	605	287
3. Zweite Mitteilung der Kommission mit dem Aktionsplan zur Weiterentwicklung des europäischen Privatrechts vom 12.2.2003 und die Gründung des Joint Network on European Private Law	609	288
4. Dritte Mitteilung der Kommission vom 11.10.2004	611	289
5. Erster jährlicher Fortschrittsbericht zum europäischen Vertragsrecht und zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands der Kommission vom 23.9.2005 und die Reaktionen von Parlament und Rat	612	290
6. Zweiter Fortschrittsbericht der Kommission zum Gemeinsamen Referenzrahmen vom 25.7.2007	613	291
III. Acquis-Sammlung und Referenzrahmen	614	291
1. Herausarbeitung des Verbraucher-Acquis	614	291
2. Erarbeitung des Referenzrahmens	615	292
IV. Weitere Schritte der Organe der EU im Hinblick auf die Sammlung und Überarbeitung des Acquis sowie auf das europäische Vertragsrecht	616	292
1. Überblick	616	292
2. Verwertung der Acquis-Sammlung – Erarbeitung der Verbraucherrechte-RL	617	293
a) Grünbuch zur Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Verbraucherschutz vom 8.2.2007	617	293
b) Verbraucherrechte-RL	618	293
3. Verwertung des Referenzrahmens – das GEK als optionales Instrument	620	294
a) Grünbuch zu den Optionen für die Einführung eines Europäischen Vertragsrechts für Verbraucher und Unternehmen vom 1.7.2010	620	294
b) Veröffentlichung der „Machbarkeitsstudie“	621	294
c) Veröffentlichung des Entwurfs über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	622	295

<b>C. Bewertung der Entwicklungen und Blick in die Zukunft</b> .....	625	296
I. Handlungsbedarf .....	625	296
II. Inhaltliche Überlegungen .....	627	297
1. Allgemeines .....	627	297
2. Bewertung des GEK .....	631	298
III. Digitale Agenda und Privatrecht .....	633	299
1. Vertragsrecht in der Digitalen Agenda .....	633	299
2. Die digitale-Inhalte-RL .....	634	300
3. Die Online-Warenhandels-RL .....	635	301
<i>Anhang I</i> .....		302
<i>Anhang II</i> .....		318
<i>Anhang III</i> .....		319
<i>Stichwortverzeichnis</i> .....		321